

---

## **Konferenz der Jugendagenturen und regionalen Netzwerke 09.05.2017, Stuttgart**

Impulsvortrag Lena Khuen-Belasi

### **Wie gewinnen wir junge Migranten und Geflüchtete für die Gestaltung unserer Kommunen?**

#### *Anstöße aus subjektiver Perspektive der Familien- und Erwerbsbiographie*

Ein Impulsvortrag soll Anstöße zur Auseinandersetzung mit einem Thema geben. Die Landesvertretung der kommunalen Migrationsbeiräte, mancherorts auch Ausländerbeiräte oder Internationale Ausschüsse genannt, hat mich gebeten, diesen Vortrag zu halten. Ich bin keine Wissenschaftlerin und keine Politikerin. Meine Gedanken und Auffassungen sind sowohl von meiner eigenen Biografie geprägt als auch von meinen Erfahrungen mit jungen Migranten und Geflüchteten während meines Arbeitslebens. Aus dieser subjektiven Perspektive möchte Ihnen anhand konkreter Beispiele vermitteln, was es bedeutet, im Spannungsfeld von, auch kulturellen, Systemen zu leben - und auch, was nötig und möglich ist, um Zugehörigkeit zu schaffen oder was sie verhindert. Denn

**nur, wer sich zugehörig fühlt, wird sich für etwas Gemeinsames engagieren.**

#### *Die Zuwanderer sind in der Minderheit - wie fühlt sich das an?*

Ich bin 1948 in Südtirol geboren, einer Region, die bis 1919 österreichisch war und nach dem Ersten Weltkrieg italienisch wurde. Die deutschsprachige Bevölkerung sah sich anschließend der Italianisierung unter Mussolini ausgesetzt: In der Öffentlichkeit Deutsch zu sprechen, war nun verboten. Deutsch zu schreiben lernten die Kinder heimlich in den so genannten Katakombenschulen. Sogar die Inschriften auf den Gräbern wurden italianisiert. Italiener wurden angeworben, sich in Südtirol anzusiedeln und erhielten Arbeit in neu geschaffenen Industriebetrieben und Wohnung im sozialen Wohnungsbau. Die Südtiroler sahen sich entrechtet und sehnten sich nach Selbstbestimmung.

Hitler holte Südtirol nicht „heim ins Reich“, sondern hat sich mit Mussolini arrangiert: Wer ins „Reich“ wollte, sollte 1939 dafür optieren und in zugewiesene Orte auswandern, während die so genannten Dableiber befürchteten, südlich der Poebene umgesiedelt zu werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die meisten Optanten wieder in ihre Heimat Südtirol zurück und nahmen die italienische Staatsbürgerschaft an.

Als ich zur Schule ging, waren deutschsprachige Südtiroler und die nach Südtirol umgesiedelten Italiener zwar froh, dass der Krieg vorbei war, aber das Zusammenleben war weiterhin von engstirnigem Nationalismus geprägt, der durch entsprechende Propaganda in den Jahrzehnten zuvor geschürt worden war. Immerhin gab es eine kulturelle Autonomie für Südtirol, die Eltern konnten zwischen deutschsprachigem und italienischsprachigem Schulsystem für ihre Kinder wählen. Ich besuchte die deutschsprachige Grundschule. Italienisch war ab der zweiten Klasse die erste Fremdsprache.

Wie ein Blitz traf mich die Entscheidung meines Vaters, ich sollte die fünfte Klasse in der italienischsprachigen Grundschule verbringen! Seine Einstellung war damals revolutionär: Seine Kinder sollten die Staatssprache gut erlernen, um nicht benachteiligt zu werden und sich gut behaupten zu können. Die Verwandten erklärten ihn für verrückt. Und ich starb vor Angst, dass meine Südtiroler Schulfreundinnen mich künftig verachten und meine italienischen Mitschülerinnen mich ausgrenzen würden. Nichts von alledem traf ein, denn ich war ein weißer Rabe: In der ganzen italienischsprachigen Schule war ich das einzige deutschsprachige Kind. Mir wurde kein Haar gekrümmt, und der einzige Nachteil war eine Fünf in Italienisch im Zeugnis für das erste Jahresdrittel, was mich als ehrgeizige Schülerin schwer traf. Als Vorbereitung hatte ich in den Sommerferien zuvor Italienisch-Nachhilfe erhalten, was aber nicht ausreichte, um den Anforderungen zu genügen.

Nach dem Ausflug in die italienische Grundschule kehrte ich in die deutschsprachige Sekundarstufe zurück und genoss von da an den Italienischunterricht, weil Grammatik und Wortschatz nie mehr ein Problem waren und ich mich mit Genuss den Inhalten der italienischen Literatur zuwenden konnte.

*Zuwanderer haben das Bedürfnis, wahrgenommen, gehört und verstanden zu werden*

Nach dem Abitur ging ich zum Studium ins deutschsprachige Ausland. Ein Stipendium des Landes Baden-Württemberg für Südtiroler ermöglichte mir das Studium in Tübingen. In den ersten Tagen nach der polizeilichen Anmeldung und Immatrikulation erreichte mich die Aufforderung, an einem Deutschtest für ausländische Studierende teilzunehmen. Ich war zutiefst empört: Was war das für eine Ignoranz - ich hatte doch ein italienisch-deutsches Abiturzeugnis mit italienischem Staatswappen über die Ablegung in einem deutschsprachigen Gymnasium vorgelegt! Das musste doch jeder verstanden haben, dass ich das Abitur in deutscher Sprache in Italien abgelegt hatte! Ich beschwerte mich, musste den Test daraufhin auch nicht ablegen und bewahrte mir etwas hochnäsigen Groll über die Ahnungslosigkeit bundesdeutscher Kultusbürokratie...

Ich habe 36 Jahre im Auftrag des Bundesfamilienministeriums Soziale Arbeit mit jungen Zuwanderern gemacht.

Entsprechend der politischen Geschichte der Bundesrepublik ging es zunächst in den Jugendmigrationsdiensten, die früher Jugendgemeinschaftswerk hießen, viele Jahre lang um Aussiedler, DDR-Zuwanderer und Spätaussiedler. Die Aussiedler und Spätaussiedler kamen zwar mit gutem Bildungshintergrund, jedoch mit anderen Mentalitäten, ohne Deutschkenntnisse, ohne Kenntnis der westlichen Gesellschaftsordnung. Ich hatte das Glück, nicht zu „fremdeln“, weil ich Russisch konnte – meine Mutter war zur Hälfte Russin - und ab 1966 in der Sowjetunion Verwandte besucht hatte. Die jungen Zuwanderer bekamen Sprachkurse, in der Schule Sprachförderung und schulergänzend Nachhilfe in Deutsch, die

vom Bund aus dem so genannten Garantiefonds<sup>1</sup> finanziert war. Sie machten Ausbildungen, fanden Arbeit, bekamen Kinder und engagierten sich, z.B. im Pfarrgemeinderat, wenn die eigenen Kinder Kommunion hatten. Das war das höchste der Gefühle an ehrenamtlichen Engagement, denn sie hatten sich in den Herkunftsländern staatlich verordnet engagieren müssen und wollten frei von solchen Pflichten sein. Aber sie halfen sich gegenseitig, in der Verwandtschaft, unter Freunden – das war ihr alltägliches Gemeinwesen. Sehr wenige fanden sich bei der Landsmannschaft ein. Sie wählten Brandt oder Kohl, je nachdem, wem sie glaubten, ihre Aussiedlung zu verdanken.

Ende der 90er Jahre sprang ich als Moderatorin für eine erkrankte Kollegin ein: Im Internationalen Begegnungszentrum in Karlsruhe sollten sich junge Mitglieder des Internationalen Vereins für Kulturarbeit mit einer Klasse von durchwegs einheimischen Realschülern und deren Lehrern treffen, um über Migration und Integration zu sprechen. Die Realschulklasse hatte sich über das „Ausländerthema“ informiert und war mit einem Fragenkatalog angerückt.

Die jungen Leute des Kulturvereins waren Kurden und Türken und berichteten reihenweise von Erlebnissen ihrer Eltern, die als so genannte Gastarbeiter gekommen waren und allesamt am Arbeitsplatz und im Wohnumfeld Ausgrenzung, Benachteiligung und Ablehnung erlebt hatten. Die Bitterkeit brach mit einer solchen Wucht aus den Jugendlichen hervor, dass mir klar wurde, dass das alles erst einmal ANGEHÖRT und als Tatbestand ANERKANNT werden wollte. Die Lehrer und die Schüler hingegen fühlten sich von dieser Bitterkeit stellvertretend angeklagt und sahen ihre gründliche Vorbereitung auf den Nachmittag nicht gewürdigt.

Ich selbst befand mich zum ersten Mal in so einer Situation und war ihr ebenfalls nicht gewachsen. Ich fragte vor allem bei den jungen Kurden und Türken nach, um ihnen zu vermitteln, dass ich ihnen mit Anteilnahme zuhörte, ihre Offenheit und ihren Mut zu schätzen wusste und ihre Erzählungen wichtig fand, um ihre und die Situation ihrer Eltern zu verstehen. Die Schüler und Lehrer habe ich eher aufgefordert, sich diesem Zuhören anzuschließen. Eine Woche später wurde ich in die Schule zitiert, zusammen mit der zuvor erkrankten Kollegin, und musste mir anhören, dass ich die Schüler und Lehrer in Stich gelassen hatte. Nun ja, sie hatten in gewisser Weise Recht, ich war als Leiterin der Beratungsstelle für junge Spätaussiedler und Zuwanderer parteiisch gewesen, die jungen Kurden und Türken waren stärker in meinem Fokus als die einheimischen Schüler. In meiner damaligen Verfassung war ich nicht in der Lage, dafür zu sorgen, dass beide Seiten miteinander ins Gespräch kamen.

Abgesehen von den Anforderungen an die Rolle einer Moderatorin habe ich aus dieser Begegnung etwas für mich sehr Wertvolles gelernt: Wenn wir uns mit der Integration und also Teilhabe und Teilnahme junger Zuwanderer am gemeinsamen Verständigungs- und Gestaltungsprozess beschäftigen, ist es unbedingt erforderlich, die Erfahrungen ihrer Eltern und ggf. ihrer Großeltern miteinzubeziehen: Solange das Leiden, die Diskriminierung, der Ausschluss der vorangegangenen Generationen nicht anerkannt und gewürdigt ist, kann manch einer aus der jungen Generation sich nicht wirklich zuhause fühlen. Wir wissen ja auch, dass unsere eigene, auch politische, Beheimatung nur erfolgreich verlaufen kann, wenn wir unsere eigene soziale und politische Familiengeschichte erforscht und verarbeitet haben. Wer sich damit auseinandergesetzt hat, wie die Beteiligung unserer Eltern oder Großeltern am Zweiten Weltkrieg ausgesehen hat und was sie für Folgen hatte, kann eine bewusste Einstellung zur eigenen Rolle in seiner Gesellschaftsordnung entwickeln.

---

<sup>1</sup>Einen solchen Garantiefonds in der Zuständigkeit des BMFSFJ könnte der Bund wieder auflegen.

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes, aus dem die Jugendmigrationsdienste gefördert werden, wurde erst 2000 für alle Kinder und Jugendlichen mit Bleibeperspektive geöffnet. Ab da waren wir Beraterinnen für alle zuständig, egal, woher sie kamen. Inzwischen erstreckt sich die Zuständigkeit auch auf Flüchtlinge.

### *Migrantenselbstorganisationen*

Das Wort „Migrantenselbstorganisation“ hat heute für meine Ohren einen ähnlich verdruckstherablassenden „Charme“ wie das Wort „Migrationshintergrund“: Als gelte es, möglichst unterschwellig zu betonen, dass bestimmte Menschen einen andersartigen Hintergrund hätten und sich selbst organisieren könnten. Die Soziologin Annette Treibel macht in ihrem Buch „Integriert euch!“ darauf aufmerksam, dass der Begriff in jene Zeit gehört, als Gastarbeiter eigene Gruppen initiierten.

Migrantenselbstorganisationen haben Nachwuchssorgen wie einheimische Vereine. Neulich erzählte ein Mitglied des Karlsruher Migrationsbeirats, in dem ich stellvertretendes Mitglied bin, anlässlich einer Präsentation zur Fortschreibung des Karlsruher Integrationsplans, in seiner Organisation seien immer dieselben üblichen Verdächtigen zugange, wenn es um die Erfüllung nötiger bisheriger oder auch neuer Aufgaben ginge.

Wir können also bei der Suche nach Migranten, die an der Gestaltung der Kommunen mitwirken wollen, bei den Migrantenselbstorganisationen nachfragen. Aber zunächst sind wir selbst als Akteure gefragt.

Wir müssen uns selbst die Frage stellen: *Wie gewinnen wir, die Zivilgesellschaft dieses Landes, junge Migranten und Geflüchtete für die Gestaltung unserer Kommunen?*

Ein paar Vorschläge und Anregungen:

*1. Indem wir uns für sie und ihre Erfahrungen einschließlich der Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern interessieren!*

Das ist eine umfassende Herausforderung. Sie bedeutet, dass wir uns mit der Integrationsgeschichte in unserem Land auseinandersetzen müssen und selbst Position beziehen müssen.

Dazu habe ich drei Literaturtipps für Sie:

Der Aufsatz „Von Unworten zu Untaten. Kulturängste, Populismus und politische Feindbilder in der deutschen Migrations- und Asyldebatte zwischen „Gastarbeiterfrage“ und „Flüchtlingskrise“ von Klaus J. Bade<sup>2</sup> ist im Internet zugänglich und ist eine so scharfsinnige Analyse, dass einem ein Kronleuchter nach dem anderen aufgeht, ganz abgesehen von der sprachlichen Kraft, in der sie abgefasst ist.

Die zweite Empfehlung ist das bereits erwähnte Buch von Annette Treibel mit dem schönen Titel „Integriert Euch!“ und Untertitel: „Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland“, erschienen 2015 bei Campus, als Print und als E-Book. Die Autorin macht die Leserinnen auf erfrischend unkonventionelle Weise mit „alten“ und „neuen“

---

<sup>2</sup>IMIS-Beiträge, Heft 48/2016, S. 35 – 171. [www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4\\_Publikationen/PDFs/imis48.pdf](http://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publikationen/PDFs/imis48.pdf)

Deutschen vertraut, mit Bildungsaufstiegen und Unterschichtung, mit dem Wandel von Machtverhältnissen, mit Ängsten und der Perspektive auf das Projekt Einwanderungsland Deutschland.

Drittens ist bei Suhrkamp eben erschienen: „Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit“, herausgegeben von Heinrich Geiselberger. Die Autoren schlagen den Bogen von wirtschaftlicher Globalisierung über politische Verhältnisse zu Migration und Flucht und ersparen uns keine der düsteren Perspektiven.

## *2. Indem wir Voraussetzungen für Teilhabe und Teilnahme junger Migranten und Geflüchteter schaffen*

Um in der Kommune mitwirken zu können

- muss ich dazu berechtigt sein und
- muss mich mit den anderen Mitgestaltern verständigen und auseinandersetzen können.

### *2.1 Wahlrecht und Parteienmitgliedschaft*

Vom kommunalen Wahlrecht für Ausländer sind wir noch immer weit entfernt! Klingt eine Einladung zur Mitgestaltung der Kommune da nicht fadenscheinig?

Nun, die Parteien haben ja Spielräume: Während meines Studiums in Tübingen hatte ich mich im SPD-Arbeitskreis Ausländer engagiert. Ich machte mit anderen zusammen Soziale Arbeit, ging in die Baracken für Textilarbeiter, besuchte dort italienische Gastarbeiter, schrieb für sie Briefe, machte in der Hausaufgabenhilfe mit. Die SPD-Fraktion lud mich ein, auf einem der hintersten Plätze für die Gemeinderatsfraktion zu kandidieren. Das hat mir dazu verholfen, dass mein Einbürgerungsantrag bewilligt wurde. Den Einbürgerungsantrag hatte ich gestellt, um mich um das Referendariat für den Schuldienst bewerben zu können. Der deutsche Pass als solcher bedeutete mir emotional nichts, denn meine Herkunftsfamilie war international und hatte im Lauf von Jahrzehnten unterschiedliche Staatsbürgerschaften. Als ich den deutschen Pass hatte, ging ich wählen.

Und die Parteien heute? Die CDU nimmt EU-Bürger als Mitglieder auf, wenn sie in Deutschland wohnen, Nicht-EU-Bürger dürfen als Gast mitarbeiten, der Gastarbeiter lässt grüßen... SPD und Grüne nehmen alle, die FDP verlangt zwei Jahre Aufenthalt in Deutschland, die AfD verlangt ein Bekenntnis zur FDGO und die Bejahung der Grundrechte.

Seit 1992 gibt es das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger.

Heute haben 13 EU Länder Regelungen, nach denen sogar Nicht-EU-Mitglieder wählen können: Belgien, Luxemburg, Niederlande, Slowenien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Estland, Irland, Litauen, Portugal, Slowakei, Ungarn. Manche verlangen einige Jahre Aufenthalt, manche nur die Registrierung im Wählerverzeichnis, manche setzen eine gegenseitige Regelung voraus. Genau so viele EU Länder lehnen es ab, Ausländer wählen zu lassen: Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Lettland, Malta, Österreich, Polen, Rumänien, Tschechische Republik, Zypern.

Jugendparlamente bestehen in 29 Kommunen in Baden-Württemberg. Das Wahlverfahren läuft über die Schulen, da können alle mitmachen. Kandidieren und gewählt werden dürften diejenigen, die sprachlich versiert sind und sich so ausdrücken können, dass sie gehört werden.

Die Wahlen zu Ausländerbeiräten verliefen mit einer Beteiligung bis unter 5 %. Könnte es sein, dass manche angesichts des Ausschlusses von substantiellen Wahlrechten auf die Wahl zu zweitrangigen Gremien verzichten oder das Thema Wählen überhaupt beiseite gelegt haben oder sich nur noch an Wahlen beteiligen, die das Heimatland betreffen? Wenn Generationen lang die Eltern nicht wählen, hat das Auswirkungen auf deren Kinder.

## *2.2 Zugang zu Sprache und Bildung*

Um mich über das verständigen und auseinandersetzen zu können, was ich erreichen will, muss ich über Sprache und Bildung verfügen. Wie sieht der Zugang in Baden-Württemberg für Migranten aus?

In einer Schublade des Kultusministeriums schlummert die Neufassung der Verwaltungsvorschrift zur Sprachförderung, die wohl zum Schuljahr 2017/2018 in Kraft treten wird. Wer ohne Deutschkenntnisse in eine baden-württembergische Schule kommt, soll eine Vorbereitungsstufe zum Deutschlernen besuchen. In der Sekundarstufe 1 sitzen bis zu 24 Schüler unterschiedlichster Voraussetzungen in einer Klasse und haben 25 Schulstunden Unterricht pro Woche. Ab dem neuen Schuljahr werden nur noch 16 Schulstunden für Sprachförderung direkt an die Schule zugewiesen. Die übrigen 9 Schulstunden landen in einem Pool, über den die Staatlichen Schulämter bzw. Regierungspräsidien nach Bedarfslage regional umverteilen können. Damit verschärft sich die Mangelverwaltung. Solche rechtlich verbindlichen Verordnungen über die Zuweisung von Deputaten regeln jährlich Näheres. In der Grundschule werden ab September 2017 die direkt zugewiesenen Sprachförderstunden pro Woche von 18 auf 12 abgesenkt werden.

In Vorbereitungsstufen an Beruflichen Schulen für Schüler von 16 – 19 Jahren sind schon jetzt nur 16 Sprachförderstunden vorgesehen. Damit soll man in so einer VABO<sup>3</sup>-Klasse in einem Schuljahr bis zum Sprachniveau A 2<sup>4</sup> kommen. Das reicht noch nicht für eine Verständigung im Alltag, dafür braucht man B1. Dieser Kenntnisstand reicht auch noch nicht aus, anschließend eine Klasse mit Erfolg zu besuchen, die den Hauptschulabschluss vermittelt.

Das Kultusministerium hat die Ergebnisse der VABO-Klassen zum Schuljahresende 2015/16 ausgewertet und im Oktober 2016 präsentiert: Nur 51 % der Schüler hatten das Niveau A2 erreicht. Dabei hatten die Schüler damals noch viel mehr Unterricht als ab Schuljahr 2016/17... Das hat zur Folge, dass viele jede Lernmotivation verlieren und für Bildungsabschlüsse verloren sind.

Kommt der Schüler nach dem Besuch einer Vorbereitungsstufe in die Regelklasse, geht alles in einem viel rascheren Tempo vor sich und ist vieles neu. Bis jetzt stellt das Kultusministerium keine individuelle Unterstützung zum Nachlernen von Lernstoff zur Verfügung, dabei sind viele Inhalte für die neuen Schüler „böhmische Dörfer“. Es gibt auch keine Deputate zum Nachlernen der Pflichtfremdsprache Englisch. „Friss oder stirb“, könnte man sagen.

---

<sup>3</sup>Vorbereitung Arbeit Beruf für Schüler ohne Deutschkenntnisse, früher hießen diese Klassen Berufsvorbereitungsjahr

<sup>4</sup>Der Gemeinsame Europäische Referenzrahmen sieht die Niveaus A1, A2, B1, B2, C1, C2 vor. B1 bedeutet Verständigung im Alltag, B2 heißt selbständige Sprachanwendung in Wort und Schrift und ist das Minimum, um einen Hauptschulabschluss erwerben oder eine Ausbildung aufnehmen zu können. Manche Ausbildungen brauchen das Niveau C1. Für ein Studium braucht man das Niveau C1-C2 bzw. Test DaF.

Hat man das Glück, bei der Einreise kein Schüler mehr zu sein, weil auch die Berufsschulpflicht erfüllt ist, kann man in Jugendintegrationskursen 900, in normalen Integrationskursen 600 Schulstunden Deutsch als Fremdsprache von Dozentinnen erteilt bekommen, die genau dies in einem eigenständigem Studiengang studiert haben. Diese Kurse werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert und führen zu B1. Anschließend gibt es Deutsch für den Beruf mit dem Abschluss B2. Das ist das Mindestniveau, um eine Ausbildung absolvieren zu können, das theoretische Niveau in den Berufsfachschulen ist hoch.

Unter diesen Umständen sollten, wie bis vor wenigen Jahren möglich und üblich, Schüler, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen, von der Berufsschulpflicht befreit werden und einen Jugendintegrationskurs, gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, besuchen können, um genügend Deutsch zu lernen. Anschließend sollten sie an der Berufsschule den Hauptschulabschluss erreichen.

Ergänzende Mittel stellt nun der Pakt mit den Kommunen auf Landesebene zur Verfügung. Klar ist, dass diese Mittel Schülern nicht zur Verfügung stehen werden, nur Erwachsenen. Außerdem kann keine Maßnahme gefördert werden, die durch reguläre Programme finanziert werden kann. Man muss sich also etwas Schlaues ausdenken, das effizient Spracherwerb fördert und sich ausreichend von den normalen Sprachförderprogrammen abgrenzt, in denen es zu wenig Teilnehmerplätze gibt.

*Der Weg bis zur Teilhabe und Teilnahme, auch an kommunaler, Mitgestaltung ist lang. Voraussetzung sind gute Sprachkenntnisse und eine solide Grundbildung. Das erfordert sehr viel Arbeit und Einsatz.*

Ein Beispiel:

D. ist Ende 2010 mit 19 Jahren als Flüchtling aus Somalia nach Deutschland gekommen. Er hatte sechs Jahre die Schule besucht. Sein Vater war ermordet worden und die Mutter samt der Verwandtschaft fanden, dass er sich der Rekrutierung in den unbefristeten Militärdienst entziehen sollte. Nach einer dramatischen Flucht kam er zunächst in ein Dorf in „Badisch Sibirien“ und wartete dort auf sein Asylverfahren. Einziger Zeitvertreib, dem er begeistert nachging: Fußballspielen im Verein. Nachdem er als Flüchtling anerkannt wurde, zog er nach Karlsruhe, wurde vom Jugendmigrationsdienst begleitet, besuchte Sprachkurse, dann einen Kurs zum Erwerb des Hauptschulabschlusses. Eine seiner besten Leistungen war ein Referat über Somalia und seine Flucht in Gemeinschaftskunde. Schon während der Sprachkurse hatte ich ehrenamtliche Mathematiknachhilfe organisiert. Bitter notwendig! Der pensionierte Berufsschullehrer fand heraus, dass D. keinen Begriff von Zahlenraum, Mengen und Geometrie hatte, erst wurde mit Schoko-Linsen das Rechnen geübt. Im Sommer 2015 hatte D. den Hauptschulabschluss geschafft. Die Handwerkskammer empfahl Bewerbungen um Ausbildungsplätze als Sanitäreinrichtungenmechaniker, wir haben eine Ausbildungsstelle in einem Familienbetrieb in dritter Generation gefunden, der Betriebsgründer war selbst als Vertriebenener nach Deutschland gekommen. Das erste Jahr musste die Berufsfachschule bewältigt werden. Ohne fortlaufende Nachhilfe in Mathematik beim ruheständigen Berufsschullehrer und Elektrotechnik bei einem ehrenamtlich engagierten Studenten hätte er das Jahr nicht bestanden. Daraufhin erhielt er im August 2016 den Vertrag für das zweite Ausbildungsjahr, das absolviert er nun im Alter von 28 Jahren. Er wohnt seit 2011 in einer WG, in der es viel zu laut ist für einen Auszubildenden, der viel mehr lernen muss als seine Mitschüler. In diesem Monat wird er glücklicherweise in eine Zwei-Zimmer-Wohnung der Volkswohnung ziehen. Im Betrieb schätzen alle seinen Optimismus und seine Zuverlässigkeit.

In der Bildungsakademie der Handwerkskammer hat er vor einigen Wochen während des Blockunterrichts ein Praxisstück abgeliefert, das als zweitbeste Leistung seiner Klasse beurteilt wurde. Aber Mathematik und Technisches Zeichnen fallen D. Immer noch schwer, er hat in seiner heimatlichen Schule nicht lernen können, dass es die Möglichkeit gibt, einen Plan zu machen, der praktisch umsetzbar ist. Er ist mental handwerklich und praxisbezogen organisiert. Das bedeutet, dass er seine Schritte im theoretischen Planen nicht ausreichend rational organisieren kann und vieles immer wieder von neuem probieren muss, ohne auf Erfahrungen aufzubauen. D. wird seine Ausbildung voraussichtlich in 2018 abschließen. Die Firma will ihn auch übernehmen. Es ist eine überragende Leistung, dass er so weit kommt – und ohne kontinuierliche Unterstützung über Jahre würde aus ihm nicht die Fachkraft, die er sein wird und nach der die Wirtschaft ruft. D. hat neulich seinen Einbürgerungsantrag abgegeben. Wir zweifeln nicht daran, dass er wählen gehen wird.

Das Bedrückende an diesem Beispiel ist,  
dass D. längst strukturell und praktisch gescheitert wäre,  
hätte er nicht die nötige professionelle Hilfe durch Ehrenamtliche erhalten...  
Das kann doch nicht wahr sein, dass die Entwicklung leistungsbereiter junger Menschen  
vom Zufall abhängt.  
Statt dessen sollte doch das Bildungs- und Ausbildungssystem die Mittel bereit stellen,  
die jungen Zugewanderten so effizient zu unterstützen,  
dass sie ihre Abschlüsse als Fachkräfte erreichen können.

Auch viele Schüler aus osteuropäischen Ländern mit einem guten Bildungssystem erhalten in den Schulen nicht die Sprachförderung, die sie brauchen, um den Anschluss zu finden. So verlieren viele die Lernmotivation und fühlen sich nicht in ihrem Potential wahrgenommen, nicht erwünscht und nicht gebraucht.

Im Februar 2017 hat das Landesamt für Statistik mit dem Amt für Schulentwicklung den Bericht Migration und Bildung herausgebracht. Auf vielen Seiten wird dokumentiert, dass die Schülerschaft zwar zu über einem Drittel bis zu einem Viertel aus Migranten und Geflüchteten besteht, ihr Anteil an den Schülerschaften der allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien, der Berufsfachschulen usw. jedoch weit darunter liegt. Dafür sind sie allerdings in Werkrealschulen und auch in Sonderschulen überproportional vertreten.

Die Jugendagenturen und regionalen Netzwerke hätten allen Grund, Forderungen nach Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungs- und Ausbildungsbereich lauthals zu vertreten und sich mit allen möglichen Bündnispartnern zusammen zu tun, um sie voranzutreiben.

Allgemeine Forderungen reichen nicht: Die Politik muss veranlasst werden, konkrete verbindliche Ziele für konkrete Zeiträume zu formulieren und diese umzusetzen: Unter dem Titel „Masterplan Integration“ haben führende Wirtschaftswissenschaftler und Akteure, Herbert Brücker, Marcel Fratzscher und Jakob Weizsäcker, am 23./24. April 2016 in der „Süddeutschen Zeitung“ darauf aufmerksam gemacht, dass Deutschland klare Integrationsziele für den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem braucht, um den eigenen Wohlstand zu sichern: Das für Arbeitsmarktintegration nötige Sprachniveau B2 sollten ein Jahr nach dem Zuzug 40 % der Flüchtlinge, drei Jahre nach dem Zuzug 80 % der Flüchtlinge erreicht haben. Tatsächlich haben, wie schon erwähnt, zum Ende des Schuljahres 2015/2016 nach einer Auswertung des Kultusministeriums BW, die im Oktober 2016 präsentiert wurde, nur 51 % der Schüler aus VABO-Klassen das Niveau A2 erreicht. Zwei Jahre nach dem Zuzug sollten 75 % der Flüchtlinge im Alter von 18 bis 25 Jahren über einen Schulabschluss



verfügen – wenn die Hälfte nach einem Jahr Schule A2 nicht erreicht, wird ein großer Teil nach drei Jahren über keinen Schulabschluss verfügen.

Solche Ziele müssten sich die Kultusministerien aller Länder setzen, um Spracherwerb und Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Und der Bund müsste seinerseits Unterstützung liefern, indem er den Besuch von Jugendintegrationskursen für von der Berufsschulpflicht befreite junge Menschen fördert.

Würde sich die Zivilgesellschaft  
für solche effiziente Integration junger Zuwanderer in Bildung und Ausbildung interessieren,  
könnten in den Klassen auch die Einheimischen besser vorankommen.  
Und die Neuen würden Zugehörigkeit erleben und anfangen, sich für Mitgestaltung zu  
interessieren.

Der junge D. war übrigens in der Berufsfachschule zum Klassensprecher gewählt worden.

*3. Die dritte Voraussetzung zur Gewinnung der Neuen als Mitstreiter für die Gestaltung unserer Gemeinwesen ist der Blick auf uns selbst:*

Wie fremd ist mir mein deutscher Nachbar? Wie fremd bin ich mir in Teilen selbst? Erlaube ich mir das Fremdheitsgefühl und versuche ich, es zu verstehen oder muss ich es gleich übertünchen, weil ich z.B. Angst habe, es könnte mir an politischer Korrektheit fehlen und mich jemand dafür verurteilen? Wie fremd ist mir der Flüchtling? Was fühle ich angesichts ungewohnter Verhaltensweisen? Bin ich bereit, mich darüber mit anderen auszutauschen?

Solche Fragen führen uns auf ungesichertes Terrain.

Ein paar eigene Beispiele:

In meinem zweiten Berufsjahr kam in unseren Jugendclub eines Nachmittags eine kleine Truppe Jugendlicher, die kaum Deutsch sprachen und deren Sprache ich nicht einordnen konnte. Sie okkupierten den Billardtisch und ließen niemanden mehr ran. Der Umstand, dass ich mich nicht mit ihnen verständigen konnte, ließ Ohnmachtsgefühle und daraus folgend Strenge und Grobheit in mir hochkommen. Ich schmiss das Trüppchen raus und schämte mich. Glücklicherweise fand ich unter den Besuchern jemanden, der die Sprache der Jugendlichen konnte. Als sie nach ein paar Tagen wieder kamen, konnte ich mit Hilfe des Dolmetschers die Regeln freundlich erklären, und alles verlief friedlich.

Oder: Vor Jahren, als im Jugendmigrationsdienst noch keine Menschen aus Afrika zur Beratung kamen, traf eines Winterabends eine nigerianische Familie ein. Als aus der Dunkelheit des Treppenhauses vier schwarze Jugendliche mit ihren Eltern in den Warteraum traten, war ihre physische Präsenz für mich ein überwältigender Eindruck: Noch nie hatte ich auf einen Schlag alleine sechs Afrikaner vor mir gehabt. Als der Vater, der zehn Jahre hier lebte, die deutsche Staatsangehörigkeit hatte und nun endlich seine Familie hatte nachholen können, anfang, mir seine Kinder vorzustellen, entstand die persönliche Begegnung.

Oder: Vor kurzem musste ich zum Bahnhof, war knapp dran und stieg in die nächste Straßenbahn, ohne zu wissen, ob sie auch die passende Linie war. Vor mir stand eine schwarz gekleidete Frau mit Gesichtsschleier und zwei kleinen Kindern. Ich war irritiert und befragte mich selbst, wie dieser Gesichtsschleier auf mich wirkte: Unangenehm, weil ungewohnt. Ich beschloss zu experimentieren und fragte genau diese junge Frau: Fährt diese Tram zum Bahnhof? Nein, antwortete sie in bestem Deutsch und ganz freundlich, an der folgenden Haltestelle solle ich aussteigen und die nächste Tram nehmen. Schlagartig veränderte sich auch mein Gefühl von Verunsicherung in Sicherheit und Akzeptanz.

Diese Aufgabe zur Auseinandersetzung mit den Zugewanderten und mit uns selbst begleitet uns dauerhaft. Erfolgreich werden wir nur sein, wenn wir uns ihr stellen. Vielfalt ist nicht nur Bereicherung, sondern auch Arbeit und Anstrengung. Wenn wir das ernst nehmen, bringen wir mehr Geduld auf und eröffnen uns neue Perspektiven und Gestaltungsmöglichkeiten. „Wir werden nicht umhinkommen, mit jenen zusammenzuleben, die unsere Traditionen, unsere Sitten und Ideale bislang nicht geteilt haben und die somit nahe Fremde für uns sind: schrecklich nah und zugleich schrecklich fremd.“<sup>5</sup>

Ministerpräsident Winfried Kretschmann eröffnete den 28. bundesweiten Gewerkschaftstag der GEW am 6. Mai 2017 in Freiburg mit einer Rede, in der er sagte,

„Insbesondere das Thema Flüchtlinge  
zeige, wie wichtig es sei, Bildung von der Herkunft zu entkoppeln.  
`Jeder muss die gleiche Chance haben, das bestmögliche aus seiner Begabung zu machen`,  
sagte Kretschmann seinem Redemanuskript zufolge.  
`Und darüber entscheidet insbesondere die Qualität unseres Bildungssystems.`“<sup>6</sup>

Jeder der heute Anwesenden und jede an ihrem Platz ist aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass dieses Ziel umgesetzt wird. Jeder sollte ständig vor allem politische Entscheidungsträger darauf hinweisen, dass aktuell das Spardiktat vor dem Bildungsauftrag steht und dass dies zur Folge hat, dass viele Menschen langfristig Transferleistungen in Anspruch nehmen werden müssen, anstatt dank jetziger Bildungsinvestitionen Fachkräfte und Steuerzahler werden zu können.

Für Rückfragen:

Lena Khuen-Belasi, 76133 Karlsruhe, Bismarckstr.7  
E-Mail: lekhube@gmail.com  
Tel.: 0721 – 46721144 und 0152-52199860

---

<sup>5</sup>Bruno Latour: Refugium Europa in: „Die große Regression“, Berlin 2017, S.138

<sup>6</sup>„Dieses ständige Gemotze muss aufhören“, Süddeutsche Zeitung vom 8.Mai 2017